

# Einigkeit

**Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter**

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: i.V.R. Eckart, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4953

Berlin, 28. Juli 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 30

## Unterm Ausnahmezustand

Durch Verordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung ist am Mittwoch voriger Woche über Berlin und Brandenburg der Belagerungszustand verhängt worden. Die vollziehende Gewalt ist dem Reichswehrminister übertragen worden, der mit der Ausübung aller zu treffenden Maßnahmen den Wehrkreiskommandanten von Berlin beauftragte. Der Verhängung des Belagerungszustandes voraus ging die Amtsenthebung der preußischen Minister Severing und Braun, die später mit militärischer Gewalt aus ihren Aemtern entfernt wurden, weil sie den Standpunkt vertraten, daß die Maßnahmen der Reichsregierung mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehen. Auch der Berliner Polizeipräsident sowie dessen Stellvertreter und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei wurden mit militärischer Gewalt ihres Amtes enthoben und verhaftet. Im Laufe des Tages sind dann auch die übrigen preußischen Minister durch die Reichsregierung aus ihren Aemtern entfernt worden.

Es liegt ganz offensichtlich zutage, daß die Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen entsprechen, die von den Nationalsozialisten seit Wochen bereits erhoben werden und deren Durchführung sie immer stürmischer verlangten. Auch die Kommunisten sind nunmehr zufriedengestellt. Sie brauchen jetzt nicht mehr gemeinsam mit den Faschisten einen Volksentscheid wie den am 9. August 1931 gegen die preußische Regierung zu veranstalten. Sie sind nunmehr auch der Mühe enthoben, im Preußischen Landtag gemeinsam mit den Nazis die Regierung Braun-Severing zu stürzen und Anträge zur Annahme zu verhehlen, die diese Regierung vor den Staatsgerichtshof bringen wollen. Ihre Wünsche sind erfüllt. Sie können der Regierung Papen ihren Dank abstaten. Die Arbeiterschaft aber, die in wachsendem Maße dieser Wahnsinnspolitik der KPD. ablehnend gegenüberstand, sie wird sich mit den Männern Braun und Severing solidarisch erklären und am Sonntag die Liste 1 SPD. wählen.

In der Reichshauptstadt überstürzten sich am Mittwoch voriger Woche die Ereignisse. Der Reichskanzler wurde durch Verordnung als Reichskommissar für Preußen bestellt. Er hat als seinen ständigen Stellvertreter den Bürgermeister Bracht aus Essen geholt. Als dem Minister Severing dies mitgeteilt wurde, erklärte dieser, daß er nur der Gewalt weichen werde. In einer zweiten Verordnung wurde dann für Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand erklärt. Diese Maßnahmen werden von der Reichsregierung damit begründet, daß in Preußen gegen die von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen nicht wirksam genug entgegengetreten werde. Sie habe die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Gegen die Maßnahmen der Reichsregierung hat die preußische Regierung sofort den schärfsten Protest eingelegt. Von ihr wird bestritten, daß ein Anlaß zu solchen Maßnahmen vorliegt und behauptet, daß die Einsetzung andere Zwecke verfolge.

Severing blieb im Laufe des Tages in seinem Amt, obwohl er mehrfach aufgefordert wurde, dies an den inzwischen ernannten Vertreter des Reichskommissars zu übergeben. Abends erschien dieser dann in Begleitung von Militär und Polizei. Dieser offensichtlichen Gewaltandrohung gab Severing dann nach.

Auch der Polizeipräsident weigerte sich, sein Amt zu verlassen. Es erschien dann ein Offizier und zwölf Soldaten, die den Genossen Grzesinski für verhaftet erklärten. Er wurde mit seinem Stellvertreter und dem Kommandeur der Schutzpolizei ins Moabiter Gefängnis überführt. Bei seiner Abführung wurden ihm zum Abschied donnernde Freiheitsrufe dargebracht.

Die Berliner Bevölkerung hat die ganzen Vorgänge mit starker Erregung verfolgt. Nur die von den Organisationen geforderte eiserne Disziplin verhinderte es, daß es zu Zusammenstößen kam. Mit Recht war man überall der Meinung, daß den Zeitpunkt zum Handeln die Führung der Arbeiterschaft selbst bestimmt.

## Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

**Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen,  
neue Gefahren abwehren,  
die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen  
zurückgewinnen,  
dann stärkt die Gewerkschaften!**

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Berlin, den 21. Juli 1932.

**Der Bundesvorstand und Bundesausschuß  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

## Sitzung des ADGB.-Bundesausschusses

Am 21. Juli trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner achten Sitzung in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand zu internen Beratungen nach Berlin berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einmütige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preußische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Ueberzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbesonnene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Aermsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freies Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werbearbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.



**Tragt die Freiheitspfeile**

# Letzte Mahnung

Wenige Stunden trennen uns noch von der Entscheidung, die am 31. Juli fällt. Es geht dabei nicht nur darum, einen neuen Reichstag zu wählen, es geht vielmehr um Sein und Nichtsein der deutschen Arbeiterschaft. Es fällt die Entscheidung, ob die deutsche Bevölkerung diktatorisch bevormundet und der Willkürherrschaft der Nazis und ihrer großkapitalistischen Hintermänner ausgeliefert werden soll, oder ob das Volk innerhalb einer parlamentarischen Demokratie auch weiterhin an der Gestaltung des Volksschicksals mitwirkt. Eine letzte Mahnung ergeht deshalb an alle Kolleginnen und Kollegen, die kurze Zeit zu nutzen und die Saumseligen aufzurütteln und sie zu veranlassen, daß sie zur Wahl gehen und ihre Stimme der Liste 1 (SPD.) geben.

Die politische Lage hat sich in den letzten Wochen außerordentlich zugespitzt. Seit die Regierung von Papen den braunen Salzsteuersoldaten gestattet hat, ihre Notverordnungsuniformen in öffentlichen Demonstrationen zur Schau zu tragen, seit dieser Zeit rast Mord und Totschlag durch das Land. Mehr als hundert Tote und nahezu 2000 Verwundete wurden bisher gezählt. Sie alle kommen auf das Schuldkonto der Nationalsozialisten, die durch systematischen Terror die Bevölkerung einschüchtern wollen. Sie treiben mit aller Macht auf den offenen Bürgerkrieg zu. Sie glauben, daß ihnen dann die Staatsmacht, die sie durch den Stimmzettel nicht erreichen können, in den Schoß fällt. Sie täuschen sich. Die Arbeiterschaft wird sich nicht kampflös zu Sklaven degradieren lassen. Sie wird die sozialen Errungenschaften zu verteidigen wissen. Wenn auch die Naziredner mit scheinheiliger Miene heute erklären, daß im Dritten Reich die Arbeiterschaft im Paradies lebt, so ist doch allzu gut bekannt, was geschrieben und geredet wird, dort, wo man glaubt, vor der Arbeiteröffentlichkeit sicher zu sein. Wir wissen, daß die Naziführer die Sozialversicherung für einen Krebschaden halten, den sie so schnell wie möglich beseitigen wollen.

Die Prinzen und Generäle, die Großindustriellen und die Krautjunker, die in dieser Partei eine maßgebliche Rolle spielen, sie alle verschließen die Augen, um nicht zu sehen, daß gerade in Deutschland eine soziale Fürsorge notwendig ist. Diese Herren haben nicht vom zehnten Lebensjahr an zum Unterhalt der Familie beitragen müssen. Sie haben, wenn sie überhaupt einmal eine Tätigkeit ausübten, sich nie nur mit wenigen Mark begnügen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie kennen auch nicht die Wohnhöhlen, in der unzählige Arbeiter hausen müssen, weil ihnen das Geld fehlt, eine gesunde Wohnung zu mieten. Und weil diese Naziherrn dies alles am eigenen Leib nicht verspürt haben, wissen sie nicht oder wollen nicht wissen, daß die jahrzehntelange, anstrengende Tätigkeit eines Arbeiters in ungesunden Fabrikräumen bei kärglicher Ernährung den Körper zermürbt und zum Arbeiten untauglich macht. Diese durch die Folgen der Arbeit in ihrem Erwerb behinderten Menschen, die in einem sozialistischen Staat jeder materiellen Sorge enthoben sein werden, ihnen will man heute jedes Recht auf öffentliche Unterstützung nehmen. Sie sollen dahinvegetieren wie die Tiere und, möglichst unbeachtet von der menschlichen Gesellschaft, in irgendeinem Straßengraben verenden.

Auch denen, die infolge der kapitalistischen Wahnsinnswirtschaft verdammt sind, ohne Arbeit herumzulaufen und ihren Lebensunterhalt mehr schlecht als recht durch kärgliche Unterstützungen zu fristen, wird die Existenzberechtigung abgestritten. Sie werden heute von den Besitzenden als Faulenzer und Tagediebe beschimpft. In nicht allzu langer Zeit wird man sie zur Zwangsarbeit kommandieren. Für sie wird dann die Freiheit nur noch ein Begriff sein und sie werden mit Wehmut an die Zeit denken, in der sie als freie Arbeiter unter einer selbstgewählten Regierung lebten. Sie werden dann auch verstehen, was der von den italienischen Faschisten meuchlings ermordete Sozialistenführer Matteotti meinte, als er sagte, daß die Freiheit sei wie Sonne und Luft, die man erst verlieren muß, um zu begreifen, wie notwendig sie für den Menschen sind.

Der Kampf um die Freiheit ist Ehrensache jedes Arbeiters, weil er auch ein Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft ist. Die Stimmzettelsiege, die die Nazis seit 1930 errungen haben, haben die seit der Inflation sich ständig aufwärts entwickelnde

Lebenshaltung der breiten Massen jäh unterbrochen. Seit 1931 werden die Löhne gekürzt, und je größer die Stimmenzahl der Nazis wurde, desto reaktionärer wurde der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter. Den Höhepunkt erreichte diese reaktionäre Politik der Nazis, als es unter ihrer maßgeblichen Mitwirkung gelang, das Kabinett Brüning zu stürzen und das Kabinett von Papen, das fast ausschließlich aus Adligen besteht, in den Sattel zu heben. Heute wollen die Nazis es verleugnen, daß sie die stärkste Stütze der Adelsregierung sind. Ihr Leugnen ist allerdings zwecklos, weil mehr als ein Beweis dafür erbracht wurde, daß zwischen dem Reichskanzler und Hitler Abmachungen bestehen. An dieser Stelle braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, wie sich

## Wahl-Alarm

Es dröhnt der Ruf an alle Wähler,  
An jede Frau, an jeden Mann:  
Erhebt euch gegen eure Quäler  
Und tretet alle, alle an!  
Ja, tretet an mit heiligem Grimme  
Zur Urne, daß sie eisern klirrt,  
Weil jede, jede, jede Stimme  
Jetzt Weltgeschichte schreiben wird!

Soll denn der Landsknecht jetzt regieren?  
Der Junker, der Kapitalist?  
Soll sich der Mord mit Lorbeer zieren?  
Soll Herrscher sein der Terrorist?  
Soll die Gewalt das Recht bespuken?  
Soll der Revolver Richter sein?  
Soll sich der freie Bürger ducken?  
Soll das Kosakentum gedeih'n?

Ersehnt ihr Wilhelms Polterschnute?  
Ersehnt ihr den Kasemendriß?  
Ersehnt ihr wohl die Hakenknote,  
Mit der man euch kuranzen will?  
Die Geier kreisen um die Beute  
Und spähen mit brutalem Blick.  
Schaut auf, schaut auf, ihr Arbeitsleute,  
Sonst habt ihr sie bald im Genick!

Dem Reichen wird noch mehr gegeben,  
Dem Armen nimmt man noch den Rest.  
Jetzt geht's um Freiheit wie um Leben,  
Drum wählt, erstickt die Nazipest!  
Wehrt euch mit eisenhartem Grimme,  
So daß die Wahlfront kracht und klirrt,  
Weil deine, meine, jede Stimme  
Jetzt Weltgeschichte schreiben wird!

Victor Kalinowski.

diese Abmachungen für die Nazis bezahlt gemacht haben. Notwendig ist es aber, mit aller Deutlichkeit herauszustellen, daß die von Papen notverordneten neuen Steuern, die Kürzung der Renten und der Arbeitslosenunterstützung Hitler und seiner Bewegung zur Last fallen. Hitler ist schuld, wenn heute für jedes Pfund Salz 6 Pf. Steuern gezahlt werden muß, daß demnächst die Margarine und auch der Hering durch Steuern verteuert wird. Es sind dies Steuern, die nur die breite Masse des Volkes belasten. Die Besitzenden werden verschont, ihnen werden sogar noch Steuern erlassen. Das ist Hitler-Sozialismus, mit dem die Arbeiterschaft nichts gemein hat. Der Sozialismus, für den die Arbeiterschaft schon seit Jahrzehnten kämpft, kennt keine Unternehmer, die Arbeiter ausbeuten und vom Profit herrlich und in Freuden leben. Die sozialistische Wirtschaftsordnung kennt auch keine Krisen, weil in ihr die Produktion planmäßig nach dem Bedarf geregelt wird. Die Stimmen der Arbeiter gehören deshalb der Liste 1 (SPD.); denn nur wenn die Sozialdemokraten, in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften, ihr Wirtschaftsprogramm verwirklichen, wird Not und Ausbeutung ein Ende haben.

## Wochenschau

**Aufruf der SPD.** Aus Anlaß der Verhängung des Belagerungszustandes in Berlin und Brandenburg richtete die SPD. an ihre Mitglieder einen Aufruf, in dem es heißt, daß der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der Deutschen Republik als Wahlkampf zu führen ist. Neben der Wahrung strengster Disziplin wird verlangt, daß die Organisation in höchste Kampfbereitschaft zu bringen ist.

**Angriff auf den Kündigungsschutz.** Der Reichsarbeitsminister hat den Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates ersucht, ein Gutachten über die Auswirkung des Kündigungsgesetzes während der Wirtschaftskrise zu erstatten. Der in diesem Auftrag enthaltene Angriff auf den Kündigungsschutz wird von den Gewerkschaften mit allen Mitteln abgewehrt werden.

**Röhm abgeblitzt.** Der wegen seiner homosexuellen Neigungen bekannte SA.-Führer Röhm wollte durch Erlaß einer einstweiligen Verfügung verhindern, daß die von ihm geschriebenen homosexuellen Briefe veröffentlicht und verbreitet werden. Der Antrag Röhm ist vom Oberlandesgericht in München zurückgewiesen worden.

**Krise in Amerika.** Nach zuverlässigen Angaben des amerikanischen Eisen- und Stahlinstitutes ist die amerikanische Stahlerzeugung gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte gesunken. Die Juniproduktion entspricht dem Stande der Produktion vom Jahre 1900.

**Druckerei der „Roten Fahne“ besetzt.** Die City-Druckerei in Berlin, in der die kommunistische „Rote Fahne“ gedruckt wird, ist auf Anordnung des Militärbefehlshabers besetzt worden. Es wurden sämtliche Maschinen beschlagnahmt. Die „Rote Fahne“ wurde auf 5 Tage verboten.

**Britische Weltreichkonferenz.** In Kanadas Hauptstadt Ottawa wurde vorige Woche die Britische Reichswirtschaftskonferenz eröffnet. An ihr nehmen Delegierte aus sämtlichen dem britischen Empire angehörenden Staaten teil. Zweck der Konferenz ist, die zwischen den Staaten bestehenden Handelsverbindungen intensiver zu gestalten.

**Deutscher Industrie- und Handelstag gegen Autarkie.** Der Spitzenverband der Deutschen Handelskammern, der Deutsche Industrie- und Handelstag, hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Absperrung Deutschlands vom Welthandel wendet. Es heißt darin, daß die deutsche Wirtschaftspolitik heute unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung und der Kapitalbildung betrieben werden müsse, und daß beide Ausfuhr verlangten. Eine Ausfuhr sei aber nur möglich bei einer grundsätzlich dem Internationalen Warenaustausch zugeneigten deutschen Handelspolitik.

**Osthilfe auch für Bayern.** Das Reichskabinett hat beschlossen, die Osthilfemaßnahmen auch auf die östlichen Gebiete Bayerns auszudehnen.

**Putschplan Hitlers.** Das gutinformierte englische Blatt, der „Daily Telegraph“ veröffentlichte einen bis in die letzte Einzelheit ausgearbeiteten Putschplan Hitlers, der in der Wahnacht des 31. Juli zum Staatsstreich und zur Machtergreifung der Nazis führen soll.

**Hungerpläne der Nazis.** Der „Vorwärts“ veröffentlichte vorige Woche ein geheimes Schreiben der NSDAP. Berlin, in dem Stellung zu dem Wirtschaftsplan der Reichsleitung genommen wurde. Es heißt darin, daß der Stand des Lohnniveaus auf das Jahr 1900 zurückzuführen sei, daß alle Unterstützungen beseitigt werden und in Ausnahmefällen nur 60 Pf. pro Tag und Person Almosen gezahlt werden. Juden, Frauen und Jugendliche sollen davon ausgeschlossen bleiben. Auch sollen die Gewerkschaften verboten werden.

Hallo!



Wer es noch nicht weiß, dem teile es sofort mit, daß am Sonntag alle Stimmen für die

Liste 1 SPD.

abgegeben werden.

## An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Nachstehender, von den Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen unterzeichnete Aufruf wurde sofort nach der Verhängung des Ausnahmezustandes veröffentlicht.

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

## Kundgebung des IGB. an die deutsche Arbeiterschaft

Im Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest, daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt, daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet, daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisst, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch Kampf für die Befreiung der Menschheit!

## ... und die Nazis tolerieren doch!

Selbst der größte Schwindel nutzt nichts.

Ohne Hitler wäre es niemals möglich gewesen, daß Barone und Junker in Deutschland regieren. Jetzt, nachdem eine Welle ehrlicher Empörung gegen Hitlers Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft und den minderbemittelten Staatsbürgern durch Deutschland geht, bestreitet Hitler, das hochfeudale Adelskabinett zu tolerieren. Die Entlarvung dieser national-, sozialistischen Arbeiterpartei" läßt sich jedoch dadurch nicht aufhalten. Konnten wir schon an Hand vieler national-, sozialistischer" Pressestimmen nachweisen, daß Hitler doch toleriert, so mag eine weitere Zeitungsnotiz der Wahrheit dienen. Das gauamtliche Organ der NSDAP., das „Hamburger Tageblatt, Blatt der Niedersachsen" in Hamburg, schrieb in Nr. 157 vom 11. Juli:

„Warum sollen wir nicht tolerieren? Wissen wir doch, daß wir die Herren von morgen sein werden!... Dadurch, daß wir dieser Regierung sachlich gegenübergetreten sind, haben wir erreicht, was noch bis vor Wochen fast aussichtslos erschien: 1. Wiederaufstellung der SA. und 2. vor allem die Reichstagsauflösung. Mag man aus durchsichtigen Gründen noch so sehr geifern. Wir wissen ganz genau, warum wir die v. Papen-Regierung im Augenblick nicht stürzen.“

Damit wird seitens der Nazi die Tolerierung der Adelsregierung zugegeben! Nichtsdestoweniger aber

Die Jugend muss in der vordersten Kampffront stehen!

Am 30. Juli ist der 32. Wochenbeitrag fällig

wird weiter geschwindelt, denn es droht die Abrechnung durch das Volk am 31. Juli!

Aber Lügen haben kurze Beine! Gerade zur rechten Zeit wartet die „Germania“, ein Zentrumsorgan, mit folgender Veröffentlichung auf:

„Zum Mittwoch, dem 3. Juni 1932, lud Reichskanzler von Papen Vertreter der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags ein, um mit ihnen über eine baldige Regierungsbildung in Preußen zu sprechen. Von der Zentrumsfraktion erschienen mit dem Minister Hirtsaifer der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steger und der Geschäftsführer Dr. Graß. Der hier zum erstenmal in der Öffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung wurde sofort nach der Sitzung von den Vertretern des Zentrums in einem Protokoll festgehalten.“

Nach dieser Niederschrift legte der Reichskanzler den Herren dar, daß er über die künftige

## Wir stellen vor:



Ludwig Münchmeyer

Feldprediger, später Gefängnispfarrer in Hannover, Reichstagsabgeordneter der NSDAP. Wegen Mißbrauch seines Pfarramtes sollte er seines Amtes enthoben werden; er kam jedoch dem Disziplinarverfahren durch Niederlegung seines Amtes zuvor. Münchmeyer wurde wegen Sittlichkeitsvergehens und Verleumdung zu Gefängnis verurteilt. Die Strafverfahren gegen ihn bewegen sich um 100 herum. Sein Spottname ist: Der Fleischbeschauer des Dritten Reiches.

ausdrücklich gewünscht, diese Forderung möge wegfallen. Die Nationalsozialisten seien auf diese Bedingung aber geradezu „versessen“ gewesen.“

Somit steht unumstößlich fest, daß die Nazis für die Existenz und die Taten der von-Papen-Schleicher-Regierung verantwortlich sind! Deshalb gebt alle bei der großen Generalabrechnung am 31. Juli eure Stimme ab für die

Liste 1!

## Der Landbund fordert!

Einschneidende Wünsche der Agrarier.

Die gegenwärtige Reichsregierung, deren Vertreter fast ausschließlich dem Hochadel angehören und mit den Großagrariern stark sympathisieren, wird jetzt seitens der Landwirtschaft um „notwendige Sofortmaßnahmen zur Rettung der Veredelungswirtschaft“ angegangen. Es kann dabei keinem Zweifel unterliegen, daß die Agrarier mit ihren Forderungen Gehör finden.

Der Landbund fordert eine „gründliche“ Revision der bestehenden Handelsverträge und die Beseitigung von Zollbindungen. Das nennt er „notwendige handelspolitische“ Bewegungsfreiheit. Im Zusammenhang mit dieser Frage verlangt aber der Landbund eine beträchtliche Erhöhung der Zollsätze. Insbesondere sollen die Zölle für Rinder, Schafe, Speck und Schmalz mit einem so hohen Zoll belegt werden, daß ihre künftige Einfuhr faktisch unmöglich wird. Soweit die bisherige Einfuhr lebender Rinder aus Dänemark dabei in Frage kommt, soll sie vollständig gedrosselt werden. Es wird dabei geltend gemacht, daß die deutschen Rinderbestände vollständig ausreichen, um den deutschen Bedarf decken zu können. Es soll aber auch jeder Tauschverkehr in tierischen Produkten und Lebendvieh mit dem Ausland unterbleiben. Neben diesen Maßnahmen zur Drosselung der Rindereinfuhr soll auch ein wesentlich erhöhter Zoll für eingeführte Schweine in Frage kommen. Es sollen insbesondere die Kontingente in Höhe von 80 000 Schweinen für Rußland, Rumänien und Ungarn betroffen werden, weil hier keinerlei handelspolitische Bindungen vorliegen.

Neben diesen Forderungen auf Beschränkung der Einfuhr lebenden Viehes und der Fleisch- und Fettprodukte soll aber auch die Einführung der Margarinesteuer baldmöglichst erfolgen. Begründet wird diese Forderung damit, weil in der Margarine hauptsächlich ausländische Rohstoffe verarbeitet werden. Der Landbund ist also skrupellos genug, um der Hebung seines eigenen Geschäftes wegen den Verbraucher, die Arbeiterschaft stellt den größten Teil der Abnehmer von Margarine, mit neuen unerhörten Lasten zu belegen. Natürlich soll sich die neue Zollbelastung keineswegs nur auf Lebendvieh, Fleisch, Fett, Speck und Margarine beschränken, sondern alle agrarischen Produkte einschließlich der Futtermittel umfassen.

Diese Forderungen des Landbundes zeigen erneut, daß die Reaktion in Deutschland triumphiert. Zoll-erhöhungen sind immer erfüllte politische Forderungen! Wie darauf das Ausland reagiert, mit dem wir bisher normale Handelsbeziehungen unterhielten, ist dieser Gesellschaft nebensächlich. Die Hauptsache ist, die Zufuhr von ausländischen Produkten wird zum Zwecke der Konkurrenzunterbindung ausgeschaltet. Geschäft ist Geschäft, die

## 40 Jahre Treue zum Verband



Valentin Scholl  
Böttcher, Dortmund  
Eingetreten 1. 7. 1886

Johann Westphal  
Böttcher, Hamburg  
Eingetr. 17. 1. 1886, jetzt Invalide

Hermann Lindow  
Böttcher, Rostock  
Eingetreten 25. 9. 1890



Georg Weisl  
Böttcher, München  
Eingetreten 18. 10. 1891

Georg Jürgens  
Böttcher, Hannover  
Eingetreten 7. 4. 1891

Georg Schweinefuß  
Böttcher, Halberstadt  
Eingetreten 3. 4. 1892

preußische Regierung mit Beauftragten Adolf Hitlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung zu verhandeln. Der Reichskanzler trug dann die nachstehenden Forderungen aus einem Schriftstück vor, das er während der Unterredung in Händen hielt.

Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts das Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen.
2. Die Zentrumspartei hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett von Papen einzustellen.

Diese Bedingungen, so teilte Herr von Papen mit, würden die Nationalsozialisten dem Zentrum und ebenso den Deutschnationalen in einem Brief unterbreiten. In diesem Aufsatz erübrigt es sich, im einzelnen darzulegen, was die Zentrumsvertreter dem Kanzler erwiderten. Von größter Bedeutung ist es aber für die angestrebte Beweisführung, daß Herr von Papen herausstellte, er sei es keineswegs gewesen, der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die Bedingung zu stellen, die Zentrumspartei solle ihre unsinnige Opposition gegen sein Kabinett einstellen. Vielmehr habe er

Rechnung bezahlt die Arbeiterschaft, das ist die Devise des Landbundes! Wir haben in Deutschland eine Reichsregierung, die nur zu leicht geneigt ist, diese Forderungen zu erfüllen. Daß diese Forderungen nicht erfüllt werden, daran zweifelt der Landbund nicht. Er erwartet eine Zunahme der Hitler-Stimmen und ein weiteres Entgegenkommen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei! Deshalb gilt es, alles daran zu setzen, daß die Nazis geschwächt werden. Ein Sieg ihrerseits hätte zu Folge, daß sich die Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft kolossal verteuern würden. Wer das nicht will, der wähle am 31. Juli

die Liste 1 SPD!

## Die Lügner am Pranger

Nazis auf Dummenfang.

Mit grenzenloser Demagogie versuchen die Nationalsozialisten, die Arbeiterschaft als Stimmvieh für sich zu gewinnen. Welche Verleumdungen und Verdrehungen sie sich dabei leisten, ist in Worten kaum wiederzugeben. Den größten und dabei zugleich den durchsichtigsten Schwindel hat das Berliner Organ der Nationalsozialisten vollbracht. In knalliger Überschrift stellt es die Behauptung auf, daß seit 14 Jahren ununterbrochen der Lohn abgebaut würde und daß daran natürlich die „dreimal verfluchte“ SPD. schuld sei. Wir bringen nachstehend die verkleinerte Wiedergabe dieser dreisten Schwindelzeitung. Damit ist jedem Kollegen die Möglichkeit gegeben, etwa vorhandene Nationalsozialisten zu stellen.

Zweckmäßig ist es dabei, die Frage beantworten zu lassen, wo denn die Nationalsozialisten und ihre Führer gewesen sind, als in der Inflationszeit die Gewerkschaften wöchentlich die Löhne vereinbaren mußten, damit die Arbeiter überhaupt in der Lage waren, sich noch etwas kaufen zu können. Wo waren denn dieselben Nazis, als nach der Stabilisierung die kaum mehr zum Lebensunterhalt reichenden Löhne wieder aufgebaut und daran anschließend in ständiger zäher Kleinarbeit die Löhne mehr als verdoppelt wurden? Es ist wohl kaum notwendig, dafür Beispiele anzuführen, denn jeder Arbeiter weiß es

geradezu ein Hohn auf die Sorgen des erwerbstätigen Bürgertums, dessen ungeheure Not nicht zuletzt dadurch hervorgerufen worden ist, daß unter maßgebender Führung der Sozialdemokratie gerade das Gegenteil der nationalsozialistischen Behauptung getan wurde... Was soll dieser Tatsache gegenüber die nationalsozialistische Behauptung, die Löhne seien dauernd gesunken, besagen? Uns scheint nichts anderes, als daß die Nationalsozialisten mehr Wert legen auf ein agitatorisches Bühnen um die Gunst der Arbeitermassen als auf die Wahrheit."

Mit diesen Lügen werden sie allerdings bei der Arbeiterschaft keinen Erfolg haben. Insbesondere schon deshalb nicht, weil die Arbeiterschaft nur zu gut weiß, daß die Erhöhung der Löhne sofort dann

## Vor 18 Jahren



## Völkermorden

ihr Ende nahm, als die Nazis 1930 ihren ersten Wahlsieg erfochten. Das Unternehmertum, das bei den Nazis sehr stark vertreten ist, hat diese Hilfstuppen verwendet, um die Löhne auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Und wenn erst Hitler Diktator ist, was er nie werden wird, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen seiner Bewegung entgegentritt, dann gibt es überhaupt keinen Lohn mehr, sondern nur noch Taschengeld. Wer Verlangen danach hat, der soll seine Stimme den Nazis geben, die anderen, die freie Arbeiter bleiben wollen, geben ihre Stimme der Liste 1 SPD.

## Lohnsenkung durch Lohnklassenregulierung

Neuregelung der Lohnklassen im Süßwarentarif.

In der Tarifgemeinschaft für die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie und verwandte Betriebe bildete der von den Tarifparteien gemeinschaftlich gewählte Unparteiische zur Regelung des neuen Lohnklassenverzeichnisses eine paritätische Kommission.

In eingehender Beratung wurde eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte herbeigeführt. Zur Ueberbrückung der verbleibenden Differenzen fällt der Unparteiische folgende endgültige Entscheidung:

Für die Tarifparteien gilt folgendes neue Lohnklassenverzeichnis für die Hauptorte gemäß § 2 Ziff. 3—6 des Tarifvertrages vom 24. August 1928:

- Lohnklasse XIV Berlin (die alten Stamarbeiter werden nach Lohnkl. XV entlohnt),
- " XIV Hamburg,
- " XIII Köln,
- " XIII Frankfurt a. M.,
- " XII Dresden,
- " XII Leipzig,
- " XII Stuttgart,
- " XI Nürnberg,
- " XI Hannover,
- " VIII Magdeburg,
- " VII Herford.

Nach Verkündung vorstehender Entscheidung wurde von den Tarifparteien folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die gegenwärtig geltende Lohnregelung, deren Kündigung frühestens für Ende August d. J. möglich sein würde, soll frühestens für Ende Dezember 1932 kündbar sein.

2. Die durch die Entscheidung des Unparteiischen soeben geschaffene neue Festsetzung der Lohnklassen der 11 Hauptorte tritt ab 1. September 1932 auf die Weise in Kraft, daß von diesem Tage ab sämtliche Hauptorte um eine Lohnklasse tiefer kommen. Soweit sich aus der Entscheidung des Unparteiischen eine Herabstufung um zwei Lohnklassen ergibt, tritt die Herabstufung um die zweite Lohnklasse erst am 1. Oktober 1932 ein.

3. Für die Hauptorte Berlin und Stuttgart empfehlen die Tarifparteien ihren Bezirksverbänden, die Herabstufung erst am 1. Oktober 1932 beginnen zu lassen (für Berlin also um eine Lohnklasse am 1. Oktober und um eine weitere am 1. November 1932).

4. Bis 18. August 1932 haben die Bezirksausschüsse über das Ergebnis ihrer Verhandlungen betr. die Einstufung der anderen Orte ihres Bezirks zu berichten. Für diejenigen Orte, für die am 1. September 1932 eine Einstufung noch nicht durchgeführt ist, gilt die bisherige Lohnklasse bis zur Durchführung der neuen Einstufung weiter.

Diese mit der Lohnklassenregulierung verbundene Senkung der Löhne trifft die Süßwarenarbeiter wie ein Faustschlag. Die Unternehmer werden ihn zu gegebener Zeit zurückerhalten. Bis dahin müssen alle Kräfte eingesetzt werden, daß alle Arbeiter der Organisation zugeführt werden. Aber bereits am 31. Juli kann dem Hungerkurs eine empfindliche Schlappe zugefügt werden, wenn alle Süßwarenarbeiter ihre Stimme für die Liste 1 SPD. abgeben.

## Vierzehn Jahre Lohnraub Ein Schuldkonto der SPD.

selber, wie die Gewerkschaften auf diesem Gebiet gearbeitet haben.

Interessant ist es aber, eine bürgerlich-reaktionäre Stimme zu dieser dreisten Lüge der Nazis zu hören. Der Hansabund, die wirtschaftliche Organisation für Gewerbe, Handel und Industrie, schreibt in seinem Pressedienst, nachdem die Nazilüge inhaltlich wiedergegeben wurde, folgendes: „Dieser Artikel ist

## Mobilmachung

Zum 1. August.

„Extrablatt... Extrablatt...“  
 „Erzherzog von Oesterreich ermordet!“  
 „Das Attentat in Sarajewo!“

Es war kein Rufen mehr, nein, es war schon ein Schreien. Kinder brüllten über die Straße, alte Frauen erhoben ihre Stimme zu lautem Krächzen. Männer stürmten mit schreiender Stimme von Straße zu Straße, überall nahm, nein, riß man ihnen die noch frisch nach Druckerschwärze riechenden Extrablätter aus der Hand, keiner konnte früh genug lesen, daß dort unten in Serbien, in Sarajewo das Erzherzogpaar ermordet wurde. Alles diskutierte, redete, gestikuliert durcheinander, Gruppen bildeten sich, Männer sprachen vom Krieg, Frauen gingen bedrückt vorüber, Aufregung verbreitete sich in den Straßen und keiner fand die Ruhe, klar und vernünftig zu denken.

Ich war damals noch ein 14jähriger Junge. Begeistert für alles Neue und Sensationelle. Als mein Vater das Extrablatt von der Straße mitbrachte, es uns zu lesen gab, da sagte ich: „Hei, da gibt es ja bestimmt einen Krieg!“ Ja, auf einen solchen Krieg freute ich mich. Mein Vater sah mich bedrückt an. Damals wußte ich nicht, warum! Heute weiß ich es.

Von Tag zu Tag wurde die Stimmung aufgeregter und spannender. Man umstand die Zeitungen, wartete oft Stunden auf die neuesten Meldungen, war für die bescheidenste Nachricht dankbar und eilte dann mit einer wichtigen Meldung nach Hause, um ja als erster da zu sein und die Wichtigkeit den anwesenden Eltern, Geschwistern und Hausnachbarn zu erzählen, stundenlang noch darüber zu sprechen, heftige Diskussionen über den Krieg und Frieden

führend, um dann spät nachts müde und aufgeregter schlafen zu gehen.

Dann kam der 1. August. Es war ein heißer Sommertag. Die Straßen standen voll Menschen, keiner konnte arbeiten, alles besprach die neueste Meldung: Mobilmachung... Mobilmachung...! Krieg!

Nur wenige kannten damals die grauenhafte Wirklichkeit, die hinter diesem kleinen Wörtchen stand. Aber die meisten jubelten und sangen, freuten sich und fühlten sich als Patrioten. Jeder war begeistert für den Krieg. Wie strahlten meine Augen, als ich las, daß der Krieg ausgebrochen war. Heute schäme ich mich bitter, daß ich damals mit meinen 14 Jahren so viel Begeisterung aufbrachte. Aber es war die Tragödie des Volksschülers.

Jahrelang in der Schule erzogen, nicht zur Menschenliebe, nicht zur Friedensliebe, sondern zur Verherrlichung der großen deutschen „Helden“, erzogen zur Verherrlichung eines „Großen Kurfürsten, eines Friedrich des Großen und eines Kaiser Wilhelm des Ersten“. Mußte man da nicht leidenschaftlich begeistert sein, daß endlich auch für uns Junge die Zeit eines Helden anbrach, eine Zeit, in der große kriegerische Taten vollbracht werden konnten. Wir 14- bis 16jährigen Jungens träumten von den Helden des Befreiungskrieges, wir träumten von den Taten unserer Väter im Jahre 1870, wir träumten aber auch von den Heldentaten eines Armin und eines Siegfried, die oben in Walhalla thronen und auf uns Junge jetzt herablickten, ob wir wohl auch solche Helden sein werden. Endlich Krieg, endlich die Zeit vorüber, wo in Frieden der Bauer seinen Kohl baute und der Handwerker seinem Tagwerk nachging. Nein, die Zeit des Arbeitsmannes war jetzt vorüber, jetzt kam wieder „die schöne, die herrliche Zeit“ des Kriegsmannes. Und darüber waren wir Jungens froh.

Was hatte die Erziehung in der Schule aus uns Jungens, aber auch aus den Mädels gemacht!

Menschenkinder, die ein falsches Ideal im Herzen trugen, die begeistert sein konnten für Krieg und Mord, und alle Menschen, die bedrückt und still die nächsten Tage erwarteten, auslachten. Nein, noch schlimmer, sie verhöhnten, ja oft sogar beleidigten. Waren wir doch als die Jüngsten am meisten vom Kriegstaumel ergriffen, konnten wir doch nicht begeistert genug das Deutschlandlied und „Heil Kaiser...“ singen, den anderen, die schwiegen, Rippenstöße versetzen und wiederum denjenigen, die unvorsichtigerweise ihre Hüte aufließen, sie vom Kopfe werfen. O ja, das war unsere Freude als begeisterte Kriegsjünglinge.

Wieviel junge Menschen mag es heute mit mir geben, die sich wegen ihres Verhaltens von damals schämen und sich eingestehen, daß sie in größter Dummheit, in größter Verblendung und Kursichtigkeit handelten? Ja, solche Menschen gibt es heute nicht nur Tausende, sondern Hunderttausende, ja Millionen. Alle waren sie erzogen worden, Fürsten und Feldherren als Helden zu verehren, den Krieg als Nationaltat zu betrachten, und alle Jungens kannten ja nur das Kriegsspielen als für den Jungen am würdigsten.

Und so mußten wir ja kriegsbegeistert sein, so mußten wir ja am lautesten schreien, wenn neue Siegesmeldungen kamen, wenn neue Heldentaten berichtet wurden. Es war unser Schicksal.

Und doch kam bald die Erkenntnis. Die Erkenntnis, daß Krieg nur Massenmord ist, daß Krieg kein Stahlbad, sondern ein grauenhaftes Blutbad ist, und mit der Erkenntnis hörte dann bei uns Jungen die Kriegsbegeisterung auf. Wir wurden sehend, hörend, erlebend für die unsäglichen Qualen und Schmerzen, die der Krieg den Menschen brachte.

## Nur Planwirtschaft kann Ordnung bringen!

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft ist seit ihrem Bestehen von heftigen Krisenzuckungen begleitet. Die furchtbare Weltwirtschaftskrise der Gegenwart zeigt die Brüchigkeit des kapitalistischen Systems. Im Zeichen des Kapitalismus ist die Wirtschaft keine sinnvolle Einrichtung zur Befriedigung des Bedarfs, sondern dient dem Profit der Unternehmer und Kapitalisten.

Auf der Jagd nach hohem Gewinn haben namentlich die deutschen Unternehmer Konzern auf Konzern getürmt. Sie haben ihre Betriebe riesenhaft erweitert. Dies alles ohne Rücksicht darauf, ob sie für die maßlos gesteigerte Produktion ausreichenden Absatz fanden. Mit diesem Widersinn des kapitalistischen Systems muß endlich aufgeräumt werden.

Die freien Gewerkschaften haben der Öffentlichkeit kürzlich ein Wirtschaftsprogramm unterbreitet, das einen Ausweg aus dem furchtbaren Durcheinander der kapitalistischen Wirtschaft zeigt. Die Arbeiterklasse Deutschlands kann und darf nicht länger dulden, daß sogenannte „Wirtschaftsführer“ in einem wahnwitzigen Konkurrenzkampf aller gegen alle die wirtschaftlichen Kräfte des Landes vergeuden.

Nicht die Gewinnsucht der Kapitalisten, sondern der Bedarf der Allgemeinheit darf hinfort die Wirtschaftsführung bestimmen. Nicht Profitwirtschaft, sondern Bedarfsdeckungswirtschaft ist die Forderung der Gewerkschaften. Bedarfsdeckungswirtschaft muß Planwirtschaft sein!

Und diese planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft ist sozialistische Wirtschaft. Soll aber dieser gigantische Plan zur Durchführung gelangen, dann dürfen wir die politischen Kommandostellen im Reich und den Ländern nicht wieder den bankrotten Großkapitalisten, nicht den Grafen, Baronen und Junkern, noch viel weniger deren nationalsozialistischen Schildknappen überlassen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Dieser alte sozialistische Grundsatz gilt namentlich im Hinblick auf den Umbau der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft. Wollen wir aber damit siegreich durchdringen, dann müssen wir die Regierungsstuben säubern von jenem Gelichter und Gesindel, das sich jetzt dort häuslich einzurichten trachtet.

Der 31. Juli 1932 ist im Befreiungskampf des deutschen Volkes von Knechtschaft und wirtschaftlicher Unterdrückung ein wichtiger Meilenstein.

## Das Fahrpersonal soll noch besser unter Kontrolle gestellt werden

Geradezu frappierend wirkt die Reklame, mit der besonders jetzt, wo Millionen Arbeitshände unfreiwillig feiern müssen und wo kein Ende dieser Zustände abzusehen ist, Einrichtungen angeboten werden, die weitere Einsparungen an der menschlichen Arbeitskraft und am Lohnkonto zur Folge haben. Unsere Krise gipfelt zum übergroßen Teil darin, daß die menschliche Arbeitskraft durch die Maschine ersetzt wurde.

Wie schnell verflüchtigte der Traum vom Helden-tum, wie schnell erlebten wir doch die gräßliche Wirklichkeit, die hinter dem Krieg verborgen war, was blieb noch von den Erzählungen, den ver-logenen Erzählungen, die uns die Lehrer in der Schule bewußt und auch unbewußt vorlogen, was blieb noch von den herrlichen Zeiten, die uns der Krieg bringen sollte? Ach wie schnell lernten wir den Hunger kennen, wie schnell kamen wir dahinter, daß Krieg für einzelne ein glänzendes Geschäft bedeutete, während er für andere Elend, Not und unsägliches Unglück war.

Und als wir dann selbst noch geholt wurden, als uns noch nicht der Bart sproß, als wir noch im blühendsten Jünglingsalter waren, voller Hoffnungen auf späteres Glück, voller Lebenslust, und dann in den Schützengraben mußten, wir, die noch nicht dem Leben ganz erblühten, wir, die Jungen, Zukünftigen, das ganze grauenerregende Leben in den Schützengraben kennenlernten, selbst erlebten, wie die Granaten unseren Freund zerrissen, erlebten, wie Hunderte auf einmal dahinstarben, nein, es war ja kein Sterben, es war ein Massenmorden. Ja, als wir das selbst noch erleben mußten mit unseren 18 und 19 Jahren, da waren wir nicht mehr kriegs-begeistert, nein, da wurden wir kriegsmüde; wir wurden verlangend nach einem Frieden, nach einem baldigen Frieden.

Und wir Jungen sind jetzt, mit wenigen Ausnahmen derjenigen, die niemals lernen werden in ihrer Verblendung, wir sind es heute, die laut, ja, ganz laut in die Welt rufen: Nie wieder Krieg, nie wieder Krieg!

Unsere Jugend liegt auf den Schlachtfeldern, unsere Jugend hat Tausende geopfert. Wir Lebenden aber, wir sind jetzt der Opfer müde. K. D.

Darin geben nicht nur die Großbetriebe, sondern auch die Betriebe mit handwerksmäßigem Charakter einen guten Anschauungsunterricht.

Daß der Höchstgrad der Technik und der Arbeitskontrolle noch nicht erreicht ist, daß noch mehr aus dem Arbeiter herausgeholt werden wird, ohne Rücksicht auf Gesundheit, Existenz und Kaufkraft desselben, zeigt unter anderem eine neuerdings von der Firma Wilhelm Kaim-Stuttgart auch an Brauereien versandte Reklameschrift für einen neuen „Fahrt-Kontrollapparat“. In ihr heißt es:

„Sie sollten daher nicht lange zögern, sich umgehend mit dem neuen Fahrt-Kontrollapparat Kienzle Rekorder vertraut zu machen.

Verkleinern müssen Sie heute Ihren Fuhrpark und

## Heute



## Abrüstungskonferenz

mit der geringeren Zahl von Fahrzeugen noch mehr leisten.

Auch Ihre Fahrzeuge sind zweifellos nicht so ausgenutzt, wie dies die heutige Zeit bedingt. — Zu lange Ladungsdauer, unnötige Aufenthalte bei der Kundenschaft, zu lange Vesper- und Mittagspausen sind schuld daran.

Sie müssen dies alles zu vermeiden suchen. — Ueberstunden durch Nichtausnutzung der Fahrzeuge, unnötiger Benzinverbrauch usw. dürfen nicht mehr vorkommen.

Auch bei Ihnen werden zweifellos in Ihrem Fuhrpark, mag derselbe noch so organisiert sein, noch große Ersparnisse erzielt werden können. — Selbst wenn Sie nur ein oder einige Fahrzeuge haben, ist noch vieles zu machen.“

Die Kollegen vom Fahrpersonal ersehen aus dieser Reklame, wie man sie trotz allen schon bestehenden Kontrolleinrichtungen noch weiter schikanieren will. Der Verband wird nicht in der Lage sein, diese Ausbeutungsinstrumente zu beseitigen. Recht oft ergeben sich aber durch Einrichtungen, wie sie hier angepriesen werden, allerlei Differenzen für die Kollegen, die meist für sie ungünstig verlaufen, oft auch ihre Existenz kosten, die für sie aber günstiger gestaltet werden können, wenn sie Mitglied unseres Verbandes sind.

Nur die Mitgliedschaft der Kollegen beim Verband kann sie vor uneingeschränkter Ausbeutung schützen.

## Verbrecher als Nazihelden

Am 22. Juni 1932 meldete der „Völkische Beobachter“ in großer Aufmachung aus Köln: „Pg. Wilhelm Hambückers von Kommunisten ermordet.“ Ob der tödliche Schuß, der den Hambückers traf, tatsächlich von Kommunisten abgegeben worden ist oder ob es nicht die Kugel eines nationalsozialistischen Revolverschützen war, steht noch nicht einwandfrei fest. Das interessiert uns hier auch nicht weiter. Wichtiger ist die Frage: Wer war Wilhelm Hambückers? Diese Frage beantwortet die katholische „Kölnische Volkszeitung“ wie folgt:

„Hambückers ist insgesamt dreizehnmal vorbestraft, und zwar sechsmal wegen Körperverletzung, Mißhandlung, Hausfriedensbruchs, Bedrohung, Widerstand und Sachbeschädigung. Wegen Hehlerei erhielt er 4 Monate

Gefängnis, wegen fortgesetzter Grenzüberschreitung 2 Monate Gefängnis, ebenso wurde er wegen verbotener Einfuhr zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt. Wegen schwerer Körperverletzung erhielt er 3 Jahre 6 Wochen Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, wegen Ausgabe falscher Banknoten 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Wegen der ersten Zuchthausstrafe konnte Hambückers nicht zum Kriegsdienst einberufen werden.“

Der Hambückers war also ein gemeiner Verbrecher. Das müssen auch die Führer der Nazi-partei gewußt haben. Sie haben es auch gewußt, trotzdem sprach der nationalsozialistische Reichstags-abgeordnete Schmeer aus Aachen am Grabe des Toten diesen Satz:

„In Wilhelm Hambückers verliert die deutsche Freiheitsbewegung einen ihrer besten Kämpfer.“

Hitler hat von seiner Gefolgschaft einmal gesagt, sie sei die „Partei der anständigen Leute“. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Denn Hambückers war keine Ausnahme, von Leuten seinesgleichen wimmelt es in der Nazibewegung.

## Die Ausraubung der Arbeitslosen

Das Schuldkonto der Regierung von Hitlers Gnaden.

Die Papen-Regierung hat einen Raub an den Arbeitslosen vollzogen wie er in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik einzig dastehen dürfte. Nach wie vor müssen die noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Als Gegenleistung bekommen sie lächerlich geringe Sätze, falls sie die Unterstützung in Anspruch nehmen. Dafür einige Beispiele:

1. Ein lediger Arbeitsloser, der bei einem Wochenlohn von 33 Mk. in 52 Wochen etwa 112 Mk. Versicherungsbeiträge entrichtet hat, erhält an Unterstützung

	jetzt in 6 Wochen	früher in 20 Wochen
in der Großstadt . . . . .	50 Mk.	231 Mk.
Stadt über 10 000 Einw.	43 Mk.	231 Mk.
Stadt unter 10 000 Einw.	36 Mk.	231 Mk.

Die Arbeitslosenunterstützung, die ein lediger Arbeitsloser erhält, macht nur noch 15 bis 20 Proz. der früheren Unterstützung aus. Mindestens 80 Proz. sind ihm von der von Hitler tolerierten Regierung geraubt worden.

Ein verheirateter Arbeitsloser mit zwei Kindern hatte bei einem Wochenverdienst von 45 Mk. in 52 Wochen 152 Mk. Versicherungsbeiträge entrichtet. Früher hatte er ein Anrecht, in 20 Wochen eine Gesamtunterstützung von 405 Mk. zu beziehen, ganz gleich, ob er in der Großstadt oder auf dem Lande wohnte. Jetzt bekommt er nur eine Unterstützung von 75 Mk. in kleinen Orten, bis zu 102 Mk. in Großstädten innerhalb einer Dauer von 6 Wochen. 75 bis 82 Proz. seiner ehemaligen Ansprüche hat die Regierung der Hitler-Barone glatt gestrichen. Die angezogenen Beispiele wirken für sich.

Nimmt man dazu noch den Abbau bei Sozialrentnern und Kriegsoffizieren, so haben wir in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik durch die Einsetzung der Papen-Regierung eine zwangsmäßige Verelendung der deutschen Arbeiterklasse zu verzeichnen, wie sie einzig dasteht. Deutsche Arbeiter und Angestellte merkt euch eins:

Gäbe es keine Nazis und hätte diese Partei nicht einen so kolossalen Fortschritt gemacht, dann würde eine Regierung, bestehend aus adligen Großgrundbesitzern und Großkapitalisten in Deutschland nicht bestehen. Die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse in solch schamloser Weise wäre unmöglich. Gebt deshalb der vereinigten Reaktion am 31. Juli die Quittung und wählt geschlossen die Liste 1.

## National, „sozialistische Arbeiter“-partei

Kurze, unvollständige Liste der Schwerstarbeiter.

Der Braunauer Anstreicher a. D. Adolf Hitler, braunschweigischer Regierungsrat, Gendarmeriekommissar von Hildburghausen und Oberosaf hat seine Partei als „Arbeiterpartei“ getarnt. Ganz offensichtlich zu dem Zweck, dem ahnungslosen Arbeiter und Proleten vorzutäuschen, daß seine Interessen durch diese Partei vertreten werden. Wie aber sieht sie in Wirklichkeit aus? In ihr stehen die Vorkriegsmachthaber des alten Deutschlands wieder. Ein kurzer Auszug der Mitglieder-

**Von Emden bis Oppeln,  
von Tilsit bis Mainz,  
wählt jeder Arbeiter,  
Liste EINS!**

liste möge das dokumentieren. Der „Arbeiter“-partei gehören folgende Größen an oder sympathisieren mit ihr:

Kronprinz Wilhelm v. Preußen, Prinz August Wilhelm v. Preußen, Herzog Eduard v. Koburg, Prinz Friedrich v. Schaumburg-Lippe, Prinz Friedrich von Waldeck, Prinz Aremburg, Prinz Franz v. Thurn und Taxis, Prinzessin v. Meiningen, Prinzessin Reuß, Erbprinz Leopold v. Koburg, Prinz Alexander v. Preußen, Fürst Starhemberg, Fürst Eulenburg-Liebenberg, Graf zu Reventlow, Graf Schwerin, Graf Spreiti, Graf Helledorf, Graf Solms-Laubach, Graf von Kleist, Graf de Moulin Ekkardt, Graf Reischach, Freiherr von Eltz-Rübenach, Freiherr von Wangenheim, Freiherr von der Goltz, Freiherr von Butlar, Großgrundbesitzer von Heimdahl, Großgrundbesitzer von Corswant-Cuntzow, General von Litzmann, General von Liebert, General Ritter von Epp, General Freiherr von Geislingen, Oberst Hierl, Oberst Haselmayer u. v. a.

Die Liste dieser Schwerstarbeiter könnte noch beliebig verlängert werden. Aber auch diese wenigen Namen zeigen, wer in der Nazipartei den Ausschlag gibt. Sie ist die Partei der Prinzen, Fürsten, Generale und sonstiger Adliger, deren Aufgabe es ist, jener Schicht die Macht in Deutschland zu sichern, die ihnen durch die Revolution 1918 genommen wurde.

## Der Kämpfer

Der gewerkschaftliche Mensch nur kann die gewerkschaftliche Arbeit verstehen und würdigen. Nur wer an einer Arbeit selber mitschafft und in ihr praktisch handelt, spürt seine Kraft und den Wert seiner Arbeit. Nur der handelnde Mensch sieht die Grenzen des Könnens, würdigt sein Werk und wächst durch sein Werk zu neuem und größerem Können.

„Der Mensch, der sich bloß erkennend verhält“, sagte Ricarda Huch einmal, „kommt nie zur Einheit, weil es unendliche Möglichkeiten für ihn gibt; erst handelnd begrenzt er sich und wird dadurch ein einheitliches Selbst.“

So wurde durch den Kampf der Masse nicht nur die Bewegung, sondern in der Bewegung auch der einzelne Mensch. Der Mensch der Kraft, der sich nicht innerlich auflöst in phantastisches Wollen, sondern der durch zähes Schaffen den Wirklichkeitswert seiner selbst verspürt.

Der Kämpfer steht mitten im Leben. Er wurzelt in der Gegenwartigkeit. Der Widerstand wird ihm zum tätigen Trotz. Die Grenze des Könnens wird ihm zur Geduld der Kraft, die da warten kann, bis ihre Stunde gekommen. Und die da wartet, weil erst diese Stunde das Ziel ganz schafft.

Der Kämpfer steht zwischen den Zeiten. Er phantasiert nicht von dem Zukünftigen. Er ruht auch nicht träge im Gegenwärtigen. Er ist Erhalter und Stürmer. Er trägt das Heute und zwingt die Welt dennoch aus dem Heute heraus. Und was auch draußen geschieht: er spürt es bis in seine feinsten Herzensfasern als auch sein Werk. An dem er schaffte mit allen anderen. Und das nicht würde ohne die anderen und ihn. Er trägt die Gemeinschaft in sich. Er trägt die Kraft. Er die Zukunft.

Er. Der Kämpfer.

## Die Gewährung von Zahnersatz

Die Zahnpflege hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Die Träger unserer Sozialversicherung haben in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß eine ganze Reihe Krankheiten durch schlechte oder mangelhafte Zähne entstehen, große Sorgfalt auf die Erhaltung der Kauwerkzeuge ihrer Mitglieder gelegt. In vorbildlicher Weise haben eine ganze Reihe von Krankenkassen eigene Zahnkliniken errichtet, in denen den Mitgliedern und ihren Angehörigen einwandfreie zahnärztliche Behandlung zuteil wird. Hand in Hand damit geht die Versorgung der Mitglieder mit Zahnersatz und künstlichen Gebissen.

An dieser Versorgung haben sich die Träger der Invalidenversicherung im Rahmen der sogenannten Heilverfahren in hervorragender Weise beteiligt. Als Grundsatz galt dabei, daß Zahnersatz nur gewährt wurde, wenn er zur Aufrechterhaltung der Kaufähigkeit unbedingt notwendig war. Rein aus Schönheitsrücksichten ist Zahnersatz nicht gewährt worden. Erwähnt sei, daß es sich bei der Bewilligung von Zahnersatz durch die Träger der Sozialversicherung um eine sogenannte Mehrleistung handelt. Durch die Notverordnung vom Dezember 1931 sind die Leistungen der Krankenversicherung bekanntlich erheblich eingeschränkt worden. Sämtliche Mehrleistungen sind abgelehnt worden. Bei den Kassen tauchten nun bald Zweifel darüber auf, ob sie noch weiterhin Zuschüsse zum Zahnersatz leisten konnten oder nicht. Fast allgemein war die Meinung vertreten, daß die Kassen unter der Herrschaft der Notverordnung hierzu gesetzlich nicht mehr in der Lage waren. Andere Kassen wieder, die weitsichtiger waren, hielten die Zuschußgewährung zu Zahnersatz auch weiterhin für möglich. Diesen Meinungsverschiedenheiten hat der Reichsarbeitsminister ein Ende bereitet. In diesem Bescheid heißt es einleitend mit

aller Deutlichkeit: „Die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 schließt die Gewährung von Zahnersatz durch die Krankenkassen nicht aus.“ Nach dem weiteren Wortlaut ist Zahnersatz nach wie vor dann zu gewähren, wenn er zur Heilung oder Milderung einer Zahnkrankheit oder einer durch den Zustand der Zähne bedingten anderen Krankheit (z. B. der Mundhöhle oder des Magens) dient. Handelt es sich jedoch nur um eine vorbeugende Maßnahme, so ist Zahnersatz durch die Krankenkassen nicht mehr zu gewähren.

Anders ist die Rechtslage bei den Trägern der Invalidenversicherung. Hier war und ist die Gewährung von Zahnersatz oder eines Zuschusses zu demselben eine Mehrleistung. In der Gewährung von Mehrleistungen sind die Landesversicherungsanstalten nun zwar nicht durch gesetzliche Vorschriften beschränkt, jedoch hindert sie ihre katastrophale Finanzlage an der Bewilligung von freiwilligen Leistungen. Sie

## Um Arbeit betrogen

sind die Millionen Erwerbslosen, die mit Sehnsucht auf die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der freien Gewerkschaften warteten. Alle bereits getriebenen Vorbereitungen zur Durchführung dieses Planes sind hinfällig geworden, weil die neue Regierung nach dem Rezept der Nazis die Arbeitslosigkeit beseitigen will. Die Militär- und Arbeitsdienstpflicht soll eingeführt werden. Brauchen wir aber

## ein Volk in Waffen?

Eins steht fest, daß damit die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt wird, es sei denn, daß durch einen Krieg abermals Millionen von Menschenleben vernichtet werden. Wir wollen

## ein Volk in Arbeit

um damit die furchtbaren Nachwirkungen des Krieges zu überwinden. Die Politik der neuen Regierung geht in Uebereinstimmung mit den Nazis über diese selbstverständliche Forderung der Arbeiter hinweg. Sie hat sogar alle sozialen Unterstützungen noch weiter gekürzt. Deshalb hinweg mit dieser reaktionären Regierung und ihren Steigbügelhaltern, den Nazis,

## das ist unsere Forderung!

geben nur noch in seltenen Fällen Zuschüsse zu Zahnersatz. — Der Versicherte muß sich im eigenen Interesse vor Anfertigung des Ersatzes über die Kostendeckung erkundigen, da er sonst üble Erfahrungen machen kann. Kl.—s.

## Pflegt das Versammlungsleben!

Die Versammlungen haben innerhalb unserer Bewegung eine überaus große Bedeutung. Dieses verdient daher auch die größte Beachtung. Es ist eine Tatsache, daß diejenigen Versammlungen, die einen zahlreichen Besuch aufweisen, für unsere Gewerkschaft stets eine günstige Wirkung haben. Beweist doch ein guter Versammlungsbesuch den Gegnern immer wieder von neuem unsere Stärke und Macht. Vor allem aber fördern gutbesuchte und harmonisch verlaufene Versammlungen unsere Mitgliederbewegung und Werbekraft. Ganz besonders wird aber noch die Zusammengehörigkeit der Kollegen wesentlich dadurch gestärkt. Deshalb sollte auch jeder Kollege die Harmonie und Sachlichkeit bei allen Zusammenkünften pflegen. Dann haben wir auch die Gewähr, daß unsere Versammlungen mit Freuden besucht werden. Und dieses ist zum weiteren Ausbau unserer Gewerkschaft dringend notwendig. Denn noch nie war für uns eine starke, freie Gewerkschaft nötiger als heute in den Zeiten der Not und des Kampfes.

Es ist deshalb notwendig, daß ein jeder Kollege für einen ständigen guten Versammlungsbesuch strebt und wirbt. Leider wird aber gerade auf diesem Gebiete noch sehr viel gesündigt. Vor allem ist es bedauerlich, daß auf vielen Versammlungen sehr viel Zeit nutzlos vergeudet wird. Es kann doch für unsere Gewerkschaft bestimmt nicht dienlich sein, wenn über Dinge gestritten wird, die meistens nicht der Rede wert sind. Gewiß ist ein guter Bericht und eine gesunde Kritik gutzuheißen, aber das ewige Nörgeln und Besserwissen ist zu verwerfen. Denn dadurch wird die Versammlung nur unnötig künstlich in die Länge gezogen. Und dieses kann für den

Versammlungsbesuch niemals vorteilhaft sein. Werden doch durch solch einen Versammlungsverlauf die Besucher nur lediglich gelangweilt. Dieses ist die Ursache, daß ein oder der andere Kollege der Versammlung fernbleibt. Darum, Kollegen, im Interesse unserer Bewegung keine ellenlangen Berichte, sondern kurz und bestimmt — und übt du Kritik, dann kurz und sachlich. Denn in der Kürze liegt die Würze! H. E.

## Bekanntmachungen des Vorstandes

**Warnung.** Das Mitglied Paul Skorna, Bäcker, geb. 13. Oktober 1905 in Potschappel, Buchnummer 26 642, ist unter Nichterfüllung seiner Verpflichtungen von Dresden abgereist. Es wird vermutet, daß S. versuchen wird, die Ortsgruppenkassen zu brandschatzen. Ihm ist das Mitgliedsbuch abzunehmen. Sein Aufenthalt ist der Ortsgruppe Dresden mitzuteilen.

Der Verbandsvorstand.

## Eingänge bei der Hauptkasse

vom 14. bis 21. Juli 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

### Ortsgruppen.

Lüneburg 598,77, Pinneberg 104,04, Stade 144,91, Crammischau 288,86, Goslar 84,45, Jena 1455,17, Köln 100,44, Hannover 141,89, Bautzen 560,—, Glogau 302,71, Harburg 765,04, Hildesheim 205,56, Lügden 152,99, Oechersleben 682,28, Pegau 198,12, Radolfzell 321,83, Schönebeck/Elbe 191,11, Schwenningen 28,51, Suhl 233,52, Tangerhütte 62,84, Apolda 188,64, Bützow 13,23, Glauchau 396,08, Heilsberg 62,61, Ingolstadt 331,76, Lägerdorf 58,86, Landsberg/W. 343,80, Waldshut 144,69, Inhr. 210,80, Neidenburg 68,07, Neugersdorf 107,15, Reichenbach/Vogtl. 263,17, Bischofsberg 121,57, Koburg 400,—, Heideberg 290,33, Lauterbach/Hess. 67,45, Marne 1048,63, Offenbach 332,95, Ortelsburg 66,33, Tilsit 264,40, Würzburg 1049,53, Mannheim 36,—, Landshut 359,14, Memmingen 399,40, Nördlingen 231,—, Koblenz 56,12, Heilbronn 575,75, Gießmannsdorf 388,56, Aue 175,72, Eberswalde 536,25, Königsberg/N. 204,22, Lübben 50,—, Ribnitz 158,08, Stargard 44,85, Straßburg 66,58, Thunhausen 190,45, Tost 159,15, Weisenthal 476,89, Wilsnack 80,15, Zittau 222,07, Braunsberg 100,82, Cammin 181,40, Darmstadt 307,11, Duisburg 257,05, Donaueschingen 451,43, Glatz 171,97, Heidenheim 308,38, Iny 58,37, Königsberg Pr. 40,96, Lörrach 1146,52, Meiningen 605,29, Siegen 165,53, Elmshorn 1308,79, Eßlingen 410,52, Gera 282,01, Grünberg 176,81, Homburg Pf. 992,85, Mannheim 2757,73, Stolp 108,97, Bochum 892,42, Halberstadt 3573,81, Stuttgart 3343,83, Dresden 349,92, Altenburg 656,70, Annaberg 43,48, Gerabronn 80,—, Gumbinnen 248,62, Hadmersleben 38,50, Hanau 209,97, Königsee 34,04, Namslau 340,91, Oelsnitz 103,90, Ogersheim 632,95, Traunstein 20,73, Duisburg 120,—, Bremerhaven 679,94, Goldberg 37,14, Kellinghusen 44,37, Friedrichstadt 93,25, Luckenwalde 230,—, Neusalz 73,03, Osterode Ostpr. 76,56, Pfullingen 635,15, Ratibor 198,85, Rendsburg 182,41, Unruhstadt 45,26, Freiburg/Schl. 54,64, Görlitz 1920,—, Kulmbach 2266,15, Kaiserslautern 209,05, Saarbrücken 2772,60, Bochum 961,46, Osnabrück 1198,15, Schwabach 547,03, Barmstedt 66,84, Finsterwalde 268,88, Grimma 477,74, Löbau 67,72, Minden 381,65, Reichenhall 554,41, Schwebitz 192,73, Vegesack 193,60, Wernigerode 737,78, Kottbus 34,64, Gleiwitz 51,80, Frankenthal 157,48, Görlitz 280,—, Leer 202,27, Spremberg 395,34, Wendisch-Buchholz 11,70, Wetzlar 387,65, Dortmund 4800,—, Wilhelmshaven 169,74, Saarbrücken 74,25, Berlin 12,25, Bautzen 135,—, Biberach a. Riß 137,25, Geislingen 11,38, Göppingen 161,77, Großbrönsdorf 276,31, Karlsruhe 102,98, Neubrandenburg 150,—, Rudolstadt 31,28, Tönning 17,64, Unterweißbach 43,82, Aachen 682,94, Münster 1922,39, Solingen 943,98, Bielefeld 966,23, 10,—, Hof 3465,61, Schweinfurt 462,93, Schwerin 639,99, Stuttgart 1199,27, Freiburg Br. 40,—, Bochum 0,20, Artern 366,04, Aurich 6,69, Delitzsch 202,13, Christianstadt 46,21, Gorkau 60,70, Hamm 380,37, Holzminden 265,55, Schmiedefeld 93,68, Schmiedemühl 50,07, Sonneberg 222,40, Düsseldorf 184,28, Rügenwalde 443,82.

### Sonstiges:

Obereßlingen 3,50, Neißa 2,40, Berlin 3,50, Koburg 2,40, Berlin 50,—, 42,22, 33,41, 77,70, Freising 1,65, Berlin 44,—, 1,50, Augsburg 750,—, Hinderburg 4,—, Berlin 28,45, Altenburg 40,—, Hamburg 3000,—.

## Korrespondenzen

**Magdeburg.** Zu den in Nummer 27 der „Einigkeit“ enthaltenen Mitteilungen über die Bäckerei Kohl in Welsleben wird uns von dem Inhaber dieser Bäckerei mitgeteilt, daß Mißstände in der angegebenen Art nicht bestehen, auch die Gewerbeaufsichtsbehörde habe solche nicht feststellen können. Bestritten wird auch, daß der Meister als Nazimann seinen Gesellen eine rohe Behandlung zuteil werden läßt.

**St. Ingbert.** Am Sonntag, dem 10. Juli, trafen sich hier unsere Mitglieder aus dem Bezirk Saarbrücken. Unsere Kollegen waren mit ihren Familien aus allen Teilen des Saargebietes zu diesem großen Familienfest unseres Verbandes erschienen. Unsere Ortsgruppe St. Ingbert, die Pioniere unseres Verbandes im Saargebiet, hatte gut vorgesorgt. Neben der Bergmannskapelle St. Ingbert, dem Arbeitergesangsverein St. Ingbert wirkten eine Anzahl Freunde und Gönner der Arbeiterbewegung mit, das genußreiche Programm abzuwickeln und das Fest zu verschönern. Um 13 Uhr marschierten die auswärtigen Kollegen in einem eindrucksvollen starken Zug vom Bahnhof in das Festlokal. Bezirksleiter, Kollege Lehner, hielt die Begrüßungsansprache. Er ermahnte die Anwesenden im Interesse ihrer selbst zu stets solidarischem und kollegialem Handeln. Gauleiter Kollege Schmutz schilderte in seiner Festrede, wie die Gegner der Arbeiter am Werke sind, die Arbeiterschaft wieder vollständig zu entrechten. Mit eindrucksvollen Worten wandte er sich an die anwesenden Frauen, da gerade sie als Frauen, Mütter und dazu oft noch als Arbeiterinnen an der Erstarbung der Arbeiterorganisation, an der Hebung ihrer Leistungsfähigkeit interessiert sind. Mit dem Appell an die Kollegen, weiterhin innerhalb der Organisation treu zusammenzustehen und alle Angriffe der Unternehmer abzuwehren, schloß Kollege Schmutz seine eindrucksvolle, mit Begeisterung aufgenommene Festrede. Gegen 8 Uhr war die Feier zu Ende, die allen Kollegen in freudlicher Erinnerung bleiben wird. Allen Mitwirkenden, die zur Verschönerung des Festes beigetragen haben, sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Den Kollegen in den Betrieben aber rufen wir noch zu: „Wahrt die Einigkeit und Geschlossenheit, dann werden wir auch für die Zukunft alle Verschlechterungen abwehren.“

L. L.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der neue Bericht der Reichsanstalt für die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ein Alarmbericht, Erschreckend klar und deutlich zeigt er, daß die politische Beunruhigung, in die Deutschland durch die Regierungskunst der Hitlerbarone gestürzt worden ist, dem Arbeitsmarkt einen neuen schweren Schlag versetzt hat. Die Arbeitslosenziffern steigen — steigen in der besten Jahreszeit. Wenn der Bericht der Reichsanstalt davon spricht, daß auch schon in den Vorjahren im Juli eine Stockung in der Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten sei, so ist das keine Entschuldigung; denn wir haben dieses Jahr einen ganz anderen Ausgangspunkt als in den vergangenen Jahren. Die neue Verschlechterung hat nicht wirtschaftliche, sondern politische Ursachen. Wohl ist eine neue Regierung da, die Regierung der Hitlerbarone, auf dem Arbeitsmarkt wird es aber — wie die Zahlen zeigen — nicht besser, sondern schlechter. Die Arbeiter müssen sich auf einen neuen bösen, noch böseren Winter gefaßt machen.

In der ersten Hälfte des Juli trat, wie in den Vorjahren, eine Stockung in der Entlastung des Arbeitsmarktes ein. Am 15. d. M. waren bei den Arbeitsämtern rund 5 492 000 Arbeitslose gemeldet, d. h. um rund 16 000 mehr als Ende Juni. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Juli rund 875 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, nach einem Rückgang um rund 66 000. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtage rund 1 490 000 Arbeitslose betreut, d. h. rund 54 000 weniger als Ende Juni. In diesen beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen werden mithin rund 2 365 000 Arbeitslose unterstützt, denen im gleichen Zeitpunkt schätzungsweise 2,2 Millionen Wohlfahrts-erwerbslose (Ende Juni 2 163 000) gegenüberstehen dürften.

Soweit der amtliche Bericht. Im Hochsommer also steigende Arbeitslosigkeit! Ein toller Zustand! Die Landwirtschaft hat alle Hände voll Arbeit; sie ist mitten in der Ernte, allein ihre Nachfrage nach Arbeitskraft wird vollständig durch den Rückschlag auf der Konjunkturseite aufgewogen. Aber wer will sich darüber wundern? Deutschland ist ja nur noch ein politisches Experimentierfeld — weil Herr Hitler das so haben will. Die Wirtschaft reagiert darauf mit Zurückhaltung und die Folge ist, daß die Arbeitslosenziffern von neuem steigen.

Arbeitslose von der Rundfunkgebühr befreit. Den eifrigen Bemühungen des Vertreters der SPD, dem Genossen Dr. Hertz im Verwaltungsrat der Reichspost, ist es gelungen, die Arbeitslosen von der Rundfunkgebühr zu befreien. Bisher konnten nur diejenigen befreit werden, deren Bedürftigkeit durch den Bezug der Krisenunterstützung erwiesen war. Nunmehr sind alle Arbeitslosen, soweit sie Unterstützung beziehen, von der Gebührensatzung befreit. Die amtliche Mitteilung hierüber lautet wie folgt:

„Mit Wirkung vom 1. August 1932 können die Postämter die Rundfunkgebühren unter der bisherigen Bedingungen auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weitergewährt wird. Ferner dürfen die Postämter Arbeitslosen, denen die Rundfunkgebühren nach den bestehenden Bestimmungen erlassen werden können, den Erlaß der Rundfunkgebühren auch dann gewähren, wenn die Arbeitslosen im freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden und die Vergütung für diese Beschäftigung nicht höher ist als die ihnen sonst aus der Arbeitslosenfürsorge zustehende Unterstützung.“

Dieser Erfolg ist zu begrüßen. Die arbeitslosen Rundfunkhörer können dem Vertreter der SPD, im Verwaltungsrat der Reichspost dafür dankbar sein. In der Zeitschrift „Volksfunk“ Nr. 29 befindet sich der Vordruck eines Antrages, der nur ausgefüllt in den Briefkasten geworfen zu werden braucht.

Internationale Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung. Der neue Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, H. B. Butler, weilte einige Tage in Berlin. Bei dieser Gelegenheit äußerte er sich über Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosenversicherung nach den Plänen des verstorbenen Direktors Albert Thomas. Thomas hatte bekanntlich mit der ihm eigenen Zähigkeit für die Milderung der Arbeitslosigkeit durch großzügige Arbeitsbeschaffungspläne beizutragen versucht. Butler ist davon überzeugt, daß ein schnelleres Tempo in der Richtung der internationalen Arbeitsbeschaffung nach den Lausanner Verhandlungen möglich sein wird. Das IAA. hat leider nicht die Macht, von sich aus Arbeitsbeschaffungspläne zu verwirklichen. Der Präsident hofft auf den Völkerbund, der den Weg zur internationalen Arbeitsbeschaffung frei machen muß. Mit der Arbeitszeitverkürzung wird sich der Verwaltungsrat des IAA. auf seiner nächsten Tagung in Madrid beschäftigen. Nach Meinung Butlers wäre es zu empfehlen, die Frage der Arbeitszeitverkürzung im Rahmen bestimmter Industriegruppen ähnlich wie beim Bergbau anzufassen. Verschiedene Regierungen, u. a. die französische, aber auch Unternehmer und andere Kreise beginnen sich mit der Arbeitszeitverkürzung zum Zwecke der Milderung der Arbeitslosigkeit

zu befreunden. Unter Führung des IAA. wird es möglich sein, zu Erfolgen zu kommen. Die weitere Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung in der Welt sieht Butler als durchaus möglich an. Die Vorbereitungen für die erste Beratung zur Schaffung eines internationalen Uebereinkommens über die Arbeitslosenversicherung sind bereits im vollen Gange. Im nächsten Jahre wird sich die Arbeitskonferenz eingehend damit beschäftigen. Die Tatsache, daß auch Amerika die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Aussicht genommen hat, ist von größter Bedeutung.

Soweit die Kerngedanken der Äußerungen des neuen Direktors des IAA. Sie zeigen, daß dieses Amt ununterbrochen bestrebt ist, seiner Bestimmung gemäß für die Milderung der Leiden der Armen tätig zu sein. Wenn bisher in der internationalen Arbeitsbeschaffung greifbare Resultate nicht zu erzielen waren, so liegt dies an der Schwerfälligkeit der internationalen Regelung solcher Fragen, den politischen Wirren in der Welt und dem Mangel an finanziellen Mitteln. Letzteres dürfte aber kein Hindernis sein, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Die organisierte Arbeiterklasse muß es sich zur Pflicht machen, unablässig drängend und mahnend auf die weitere Verfolgung der Pläne für internationale Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosenversicherung bedacht zu sein.

Unternehmertum

Mittelstands„politik“. (Durcheinander der Schlachtsteuer.) Der Magistrat, die Handwerkskammer und die beiden Fleischerinnungen in Harburg-Wilhelmsburg beantragten bei der preußischen Staatsregierung die Aufhebung der Schlachtsteuer für diese Orte. Begründet wurde der Antrag damit, daß in Altona und Wandsbek Schlachtsteuerfreiheit besteht und diese Ausnahme auch für Harburg-Wilhelmsburg Geltung haben sollte. Als der Antrag von Preußen abgelehnt wurde, forderten die beiden Fleischerinnungen telegraphisch die Aufhebung der Schlachtsteuerfreiheit für Altona und Wandsbek. Das ist ein typisches Zeichen der inkonsequenten Mittelstands„politik“. Werden Forderungen nicht erfüllt, bleibt noch immer das Mittel der Vergeltung! Hierzu sei noch bemerkt, daß auch der Ortsausschuß des ADGB, Harburg für Schlachtsteuerfreiheit in Harburg-Wilhelmsburg eintrat, konsequenterweise jedoch das Manöver der beiden Fleischerinnungen, ebenso wie der Magistrat und die Handwerkskammer nicht mitmachte.

So etwas schimpft sich „Meister“! Bei einer Gesellenprüfung fiel ein Prüfling wegen mangelhaften Leistungen durch. Er wandte sich daraufhin mit einer Beschwerde an den Prüfungsausschuß und beklagte sich darüber, daß ihm sein „Meister“ keinen theoretischen Unterricht erteilt habe, ihn vom Besuch der Fachschule abhielt und auch die Berufsschule unregelmäßig besuchen ließ. In Vorahnung der Katastrophe zur Prüfung ließ dieser „Meister“ das zur Prüfung bestimmte Handwerkszeug von einer anderen Person anfertigen, unterzeichnete aber die Prüfungsleistung als die des Lehrlings mit seinem Namen. Später soll dann diese Prüfungsarbeit als eigene Leistung des Lehrlings bezeichnet werden. Für derartige unerhörte Schiebungen hatte aber die Handwerkskammer Berlin kein Verständnis. Diesem Lehrlingsausbeuter wurde die Befugnis zum Halten von Lehrlingen entzogen. Gegen diese Entscheidung erhob er beim Kreisaußschuß Einspruch, der dann ebenfalls aussprach, „daß durch diese sittliche Verfehlung der Meister zum Halten von Lehrlingen ungeeignet sei“. Das ist wiederum ein typischer Fall, in wie skrupelloser Weise Lehrlinge ausgebeutet werden und gerade gut genug sind, eine Arbeitskraft zu ersetzen.

Unternehmerphraseologie. Nichts geht über die Grundsätze der Unternehmer. Sie sind für den Hund und gehen vor die Hunde. So schrieb die gute „olle“ Fleischer- (Meister-) Verbandszeitung in Nummer 165 in einem Artikel: „Schreibt bessere Stellenanzeigen, Ratschläge (! D. Red.) für Fleischer-gesellen“: „Der Stellensuchende muß sich bei Entwurf seiner Anzeige bewußt sein, daß er einen Verkaufstext zu verfassen hat. Er bietet seine Ware als Arbeitskraft an“. Diese Heuchelei ist zu schön, um nicht festgenagelt zu werden! Verlangt der Geselle entsprechend der Tatsache, daß seine „Arbeitskraft“ Ware ist, und so teuer wie möglich verkauft werden muß, Tariflohn, dann zertert diese wildgewordene Spießerzeitung in allen nur erdenklichen Tonarten gegen die Tarifverträge und die „Hetzer“, die dem Gesellen diese Auffassung beibringen wollen. Wenn es sich aber um einen zusammengeschnittenen Zeitungsartikel handelt, in dem den Gesellen erneut das „soziale“ Herz der Fleischermeister gezeigt werden soll, dann ist es was anderes! Ja, Papier ist geduldig und die Dummheit der Fleischer-gesellen steht bei den Unternehmern in hohem Kurs! Das wird erst anders werden, wenn die Fleischer-gesellen restlos erkannt haben, wie sie durch ihre Unternehmer am Gängelband geführt werden!

Vollständig übergesnapp! Dem deutschen Volk ist großes Heil widerfahren! Weil der „Jude“ angeblich arüchig ist, an korrupter Knochenerweichung leidet und nur auf Profit eingestellt ist, insbesondere der Viehhändler „jüdisch-marxistischen“ Einflüssen unterliegt, ist der „Verband nationaler Viehhändler Deutschlands“ gegründet worden. Wer glauben sollte, daß es keine nationalen Rindsviecher, Kälber und Viehhändler geben sollte, wird durch diese Gründung eines besseren be-

lehrt. Das von den „nationalen“ Viehhändlern gehandelte Vieh, die Rinder, Kälber und Schafe werden künftig mit einem Hakenkreuz geziert sein zum Beweise dafür, daß es sich um deutsche Rindsviecher handelt! Schließlich wird dieses Rindvieh nicht mehr auf gewöhnliche Art blöken, sondern „Heil Hitler“ brüllen! Das kann ja heiter werden, wenn unsere Fleischer-gesellen nationale Rindsviecher schlachten, die „Judas verrecke. Heil Hitler“ brüllen!

Anzeigen

Unserm Kollegen und lang-jährigen Kassierer der Zahlstelle Pforzheim Karl Göltenbood und seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10 Ortsgruppe Karlsruhe.

Uns. Kollegin Hedwig Wadmann und ihrem lieben Mann die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Kollegen und [1,80 Kolleginnen der Brauerei Oettel und der Ortsgruppe Crimmitschau.

Unserm Kollegen Paul Born zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80 Die Belegschaft des Konsumvereins „Eintracht“ und die Ortsgruppe Essen.

Unserm Kollegen Moehn, Brauer, nebst seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1,80 Die Kollegen der Bären-Brauerei, Mainz-Weisenu.

Dem Kraftfahrer Kollegen Max Rupprecht und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichst. Glückwünsche zur Vermählung.

Dem Fahrer Kollegen Robert Hampel, dem Bäcker Kollegen Heinrich Schmoroder und dem Mühlenarbeiter-Kollegen Paul Herdern nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [3,30 Ortsgruppe Reichenbach, Eulengeb.

Unserm werthen Kollegen Karl Lühr nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum auf der National-Jürgens-Brauerei. [2,10

Gewidmet von den Kollegen der Ortsgruppe Braunschweig.

Unserm Kollegen und Mitarbeiter Theodor Schmitz und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die besten Wünsche. [2,10

Die organisierten Kollegen der Brauerei Ketschenburg und Bezirksleitung Aachen.

Im zweiten Quartal feierten folgende Kollegen ihr 25jähriges Verbandsjubiläum: Anton Weiß, Brauer, Iserlohner Actien-Brauerei; Josef Holzauer, Fahrer, Dortmunder Ritter-Brauerei; Josef Ligon, Böttcher, Dortmunder Union-Brauerei; Den Jubilaren unsere herzlichsten Glückwünsch. [7,20 Ortsgruppe Dortmund

Nachruf! Am 18. Juli 1932 verstarb unser Kollege, der Böttcherhilfsarbeiter Heinrich Bollhorn im Alter von 53 Jahren. Er war Mitglied seit 17. Juli 1919. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [4,20 Ortsgruppe Lauchburg (Elbe).

Nachruf! Am 18. Juli verstarb plötzlich durch Herzschlag unser früh-jähriger Vorsitzende und Kollege, der Böttcher Johann Rökamp Wir werden diesem treuen Kollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren! [4,20 Ortsgruppe Leer, in Ostfr.

Nachruf! Am Donnerstag, dem 14. Juli, verstarb nach längerem schwerem Leiden eines unserer ältesten und besten Mitglieder, der Brauer der Schultheiß-Brauerei, Kollege Ernst Reinhardt Wir werden ihn nicht vergessen! [4,50 Ortsgruppe Dessau

Nachruf! Am 15. u. 16. Juli verstarben unsere lieben Kollegen, die Brauer Ernst Demmler und Georg Bock Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen! [4,50 die Kollegen der Ortsgruppe Braunschweig.

Nachruf! Im zweiten Quartal 1932 starben unsere werthen Mitglieder: Julius Remunath, Böttcherhilfsarbeiter, 54 Jahre; Heinrich Bartels, Bierfahrer-Invalide, 65 Jahre; Anton Jünemann, Brauerarbeiter-Invalide, 65 Jahre; Heinrich Dreyer, Bierfahrer-Invalide, 77 Jahre Wir werden ihrer immer ehrend gedenken! [8,40 Ortsgruppe Hannover.

Nachruf! Im zweiten Quartal wurden uns durch den Tod folgende Kollegen entzissen: Heinrich Risse, Heizer, Dortmunder Actien-Brauerei; August Kleingara, Heizer, Mühle Bremme-Unna; Anton Weiß, Brauer, Iserlohner Actien-Brauerei; Josef Dreyer, Invalide; Karl Rebling, An-cher, Dortmunder Actien-Brauerei; August Richwin, S-rosser, Linden-Adler-Brauerei Unna; Karl Wehowski, Invalide. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren! [10,80 Ortsgruppe Dortmund

Nachruf! Von den Mitgliedern der Ortsgruppe Dresden verstarben im II. Quartal 1932: Wilhelm Barfuß, Brauer, Invalide; Gustav Schäfer, Süßwarenarbeiter, Invalide; Emma Wagner, Süßwarenarbeiterin, Invalide; Johannes Schomacker, Fleischer, Schlachthof; Paul Zimmer, Brauer, Invalide; Paula Richter, Süßwarenarbeiterin, Gebr. Hörmann; August Koch, Brauerarbeiter, Invalide; Simon Spendlinger, Brauer, Invalide; Josef Hanisch, Müller, Invalide; Hermann Schlotzke, Müller, Brauns Mühle; Ewald Gabel, Brauer, Radeberg-Exportbierbrauerei; Gustav Heinz, Fleischer, Schlachthof; Alfred Fischer, Brauer, Invalide; Fritz Schubert, Brauer, fr. Reisswitz-Brauerei; Wilhelm Seuf, Mälzereiarbeiter, Invalide; Ernst Dannberg, Kontordienner, Invalide; Hermann Krems, Fahrer, Invalide [16,80 Ehre ihrem Andenken! Ortsgruppe Dresden

# Frauenrecht

## JAROSLAV HÁSEK: Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer  
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner  
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

(29. Fortsetzung.)

Der Feldkurat war von einem vollendeten Kater und einer vollständigen Depression befallen. Wer ihn in diesem Augenblick gehört hätte, wäre überzeugt gewesen, daß er die Vorträge des moralischen Doktors Alexander Batek: „Erklären wir dem Dämon Alkohol, der uns unsere besten Männer mordet, Krieg auf Tod und Leben“ besuche, und seine „Hundert ethischen Funken“ lese.

Allerdings ändert er das ein wenig ab. „Wenn man noch“, sagte er, „irgendwelche edle Getränke trinken möchte, wie Arrak, Maraschino, Kognak, aber ich hab gestern Wacholderbranntwein getrunken. Ich wundere mich, daß ich das saufen kann. Geschmack hat's einen widerlichen. Wenn's wenigstens Griotte wär. Die Leute erfinden verschiedene Schweinereien und trinken sie wie Wasser. So ein Wacholderbranntwein ist nicht einmal schmackhaft, er hat nicht mal Farbe, brennt im Hals. Und wenn er wenigstens echt wär, ein Destillat aus Wacholder, wie ich's einmal in Mähren getrunken hab. Aber dieser Wacholderbranntwein war aus irgendeinem Holzspiritus und Oel. Schauen Sie, wie ich kräcz.“

„Schnaps ist Gift“, entschied er sich, „oder er muß ein ursprüngliches Original sein, echt und nicht in einer Fabrik auf kaltem Weg von Juden hergestellt. Das ist so wie mit dem Rum. Ein guter Rum ist eine Seltenheit.“

„Wenn ein echter Nußbranntwein hier wär“, seufzte er, „der möchte mir den Magen in Ordnung bringen. So ein Nußbranntwein, wie ihn Hauptmann Schnabl in Bruska hat.“

Er fing an seine Taschen zu durchsuchen und schaute in seine Börse.

„Ich hab alles in allem 36 Kreuzer. Was wenn ich das Kanapee verkaufen tät? Dem Hausherrn sag ich, daß ichs weggeborgt hab, oder daß es uns jemand gestohlen hat. Nein, das Kanapee laß ich mir. Ich werde Sie zum Herrn Hauptmann Schnabl schicken, er soll mir hundert Kronen borgen. Er hat vorgestern beim Kartenspiel gewonnen. Wenn Sie dort nichts ausrichten, so gehn Sie nach Wrschowitz in die Kaserne zum Oberleutnant Mahler. Gehts dort nicht, gehn Sie auf den Hradschin zu Hauptmann Fischer. Dem sagen Sie, daß ich Furage fürs Pferd zahlen muß, die ich vertrunken hab. Und wenns Ihnen nicht mal dort gelingt, versetzen wir das Klavier, und wenn weiß Gott was geschehn sollt. Ich schreib ihnen für alle paar Zeilen auf. Lassen Sie sich nicht abfertigen. Sagen Sie, daß ichs brauch, daß ich ganz „schwarz“ bin. Denken Sie sich aus, was Sie wolln, aber kommen Sie mir nicht mit leeren Händen zurück, oder ich schick Sie an die Front. Fragen Sie beim Hauptmann Schnabl, wo er diesen Nußbranntwein kauft und kaufen Sie zwei Flaschen.“

Schwejk erfüllte seine Aufgabe glänzend. Seine Einfachheit und sein ehrliches Gesicht sicherten ihm ein vollkommenes Vertrauen: man glaubte ihm ohne weiteres, daß alles, was er sagte, wahr sei.

Schwejk hielt es für angezeigt, weder beim Hauptmann Schnabl, noch bei Hauptmann Fischer und Oberleutnant Mahler davon zu sprechen, daß der Feldkurat die Furage für das Pferd zahlen müsse, sondern stützte seine Bitte auf die Erklärung, der Feldkurat müsse Alimente zahlen. Er erhielt überall Geld.

Als er, ruhmreich von der Expedition zurückgekehrt, 300 Kronen vorwie, war der Feldkurat, der sich inzwischen gewaschen und umgekleidet hatte, sehr überrascht.

„Ich hab's auf einmal genommen“, sagte Schwejk, „damit wir uns nicht morgen oder übermorgen von neuem um Geld kümmern müssen. Es ist glatt genug gegangen, nur vorn Hauptmann Schnabl hab ich auf die Knie fallen müssen. Das is irgendeine Bestie. Aber wie ich ihm gesagt hab, daß wir Alimente zahlen müssen.“

„Alimente?“ wiederholte der Feldkurat entsetzt.

„No, Alimente, Herr Feldkurat, eine Abfindung für die Mädln. Sie ham gesagt, ich soll mir was ausdenken und ich hab auf nichts anderes kommen können. Bei uns hat ein Schuster fünf Mädln Alimente gezahlt und war davon ganz verzweifelt und hat sich auch drauf ausgeborgt und jeder hat ihm gern geglaubt, daß er in einer schrecklichen Lage is. Sie ham mich gefragt, was das für ein Mädln is, und ich hab gesagt, sie is sehr hübsch, sie is noch nicht fünfzehn Jahre alt. So ham Sie ihre Adresse gewollt.“

„Da haben Sie was schönes angestellt, Schwejk“, seufzte der Feldkurat und fing an im Zimmer auf und ab zu gehen.

„Das ist wieder ein hübscher Skandal“, sagte er, während er sich am Kopfe packte, „ich hab solche Kopfschmerzen.“

„Ich hab Ihnen die Adresse von einer alten, tauben Frau bei uns in der Gasse gegeben“, erklärte Schwejk. „Ich hab's gründlich durchführen wolln, denn Befehl is Befehl. Ich hab mich nicht abfertigen lassn — und etwas hab ich mir ausdenken müssen. Und dann wartet man im Vorzimmer auf das Klavier. Ich hab die Lentie mitgebracht, damit Sie uns in Versatzamt schaffen, Herr Feldkurat. Das wird gar nicht übel sein, wenn das Klavier weg sein wird. Es wird mehr Platz hier sein und wir werden mehr Geld beisamm haben. Und ham auf paar Tag Ruh. Und wenn der Hausherr fragen wird, was wir mit dem Klavier machen wolln, sag ich, daß die Drähie drin gerissen sind und daß wirs in die Fabrik zur Reparatur geschickt ham. Der Hausmeisterin hab ichs schon gesagt, damit ihr nicht auffällig is, wenn Sie das Klavier wegtragen und aufladen wern. Ich hab auch schon einen

## Frauen, es geht um die Freiheit!

Am 31. Juli wird eine Entscheidungsschlacht geschlagen, die im wahrsten Sinne des Wortes um die politische und wirtschaftliche Freiheit des deutschen Volkes ausgekämpft wird. Es geht nicht nur darum, die heutige Staatsform, die Demokratie zu erhalten, sondern in erster Linie darum, die politische und wirtschaftliche Reaktion abzuschlagen. Alles, aber auch alles, was freiheitlichen Geist atmet, soll vernichtet werden. Die Schrittmacher der Reaktion sind die Nazis. Jene Partei, die nicht eine einzige Frau in den deutschen Parlamenten als Abgeordnete hat und sich zum Standpunkt des alleinigen Herrschens des Mannes bekennt, wirbt um so heftiger

### Drei Pfeile

Drei Pfeile fliegen gleiche Bahn,  
Sie stoßen vor, sie greifen an,  
Der erste Pfeil heißt Einigkeit  
Und spricht: trifft gut und seid bereit!  
Der zweite Pfeil heißt Disziplin  
Und spricht: den Feind, wir schlagen ihn!  
Der dritte Pfeil Aktivität  
Spricht: vorwärts, ehe es zu spät!

Drei Pfeile sausen, lichtbesont,  
Ihr Bogen ist die „Eiserne Front“.  
Den ersten Pfeil schießt die Partei,  
Gewerkschaft, das ist Schütze zwei,  
Reichsbanner und der freie Sport  
Den dritten Pfeil schießt lodern fort.  
Es ist der Feind für alles gleich:  
Das Hakenkreuz, das dritte Reich!

Beflügelt von des Volkes Zorn  
Drei Pfeile fliegen kühn nach vorn!  
Ein jeder spricht: es ist genug,  
Genug mit Lug und Volksbetrug!  
Drei Pfeile, scharfgeschliffnes Erz,  
Sie treffen unsern Feind ins Herz!  
Drei Pfeile sausen ihre Bahn...  
Herbei! Stoßt vor! Greift an! Greift an!

Max Barthel

um die Stimme der Frau. Warum? Weil sie glaubt, bei der politisch ungeschulten Frau Verständnis für ihr Parteivorhaben zu finden. Wie aber stehen die Nazis zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit der Frau? Da müssen Dokumente sprechen, Dokumente, die nicht wegzuleugnen sind, die eingingen in die deutsche politische Geschichte.

Gregor Straßer, der Reichsorganisationsleiter der nationalsozialistischen Partei, erklärte auf einem Naziärztetag im Jahre 1931 in Leipzig,

„daß die Frau aus dem Produktionsprozeß verjagt werden müsse, und daß man ihr im Dritten Reich beibringen werde, mit dem Gelde, das der Mann nach Hause bringt, auszukommen. Wurst und Weißbrot werden verschwinden, dafür werden wir die gute alte Erbsensuppe wieder zu Ehren bringen!“

Und dieser selbe Verfechter der „nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ erklärte am 4. Dezember 1931 in Stuttgart, wie seine Partei diese Forderung zu verwirklichen gedenke. Er führte aus:

„Und wenn wir bis an die Knöchel im Blute stehen müssen um Deutschlands willen, so wie wir es haben wollen. Entweder leben und befehlen wir oder die anderen, dann krepieren wir!“

Ebenso deutlich spricht sich der nationalsozialistische Theoretiker Gottfried Feder in der

Käufer fürs Kanapee. Es ist ein Bekannter von mir, ein Händler mit alten Möbeln. Er kommt nachmittag her. Heutzutage bezahlt man ein Lederkanapee gut.“

„Sonst haben Sie nichts angestellt, Schwejk?“ fragte der Feldkurat verzweifelt, während er sich den Kopf mit den Händen fest hielt.



Damit bei uns bißchen Vorrat is und damit wir was zu trinken ham

„Flamme“, einem Naziblatt, vom 26. Juni 1930, aus: „... Damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf dieser Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist.“

Das ist das Ideal der Nazis, ihr „Heiligtum“, wie sie es auffassen. Die Frau hat die Schnauze zu halten, zu kuschen und dem Mann untertänig zu sein, denn ihre natürliche Bestimmung ist es, Magd und Dienerin zu sein! Kann man unter diesen Umständen erwarten, daß im „Dritten Reich“ die Frau als gleichberechtigtes Glied der menschlichen Gesellschaft zu gelten hat? Nein und abermals nein! Der Mann soll wieder über das Weib herrschen, er ist ihr Herr! Nimmt es daher wunder, wenn der oberste SA-Führer in Sachsen, M. von Killinger, in seinem Buche: „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben“ auf Seite 15 schreibt:

„... im Hofe wurde sie (eine antifaschistische Frau, d. Red.) über die Wagendeichsel gelegt und so lange mit der Fahrerpeitsche bearbeitet, bis kein weißer Flecken mehr auf ihrer Rückseite war.“

Das ist der Gipfel der Gemeinheit. Das ist aber auch die Meinung der Nazis, die sie von der deutschen Frau haben! Mit sadistischer Freude wird für alle Zeiten festgestellt, wie eine Arbeiterin, eine Frau aus dem Volke, viehisch zu Tode geprügelt wurde. Jeden anständigen Menschen erfaßt ein unüberwindlicher Ekel gegen eine solche „Arbeiterpartei.“

So könnten hunderte, ja tausende Beispiele angeführt werden, welchen leidensvollen Weg die Frau im „Dritten Reich“ zu gehen hätte, wenn es jemals käme. Wir ersparen uns das, möchten nur das Verhältnis zwischen Hitler und den Frauen charakterisieren und eine Stelle aus einem Schreiben G. Feders an Hitler vom August 1923 wiedergeben, die lautet:

„... Wir verkennen nicht, daß es dem Führer vergönnt sein muß, im Kreise schöner Frauen Erholung zu finden.“

Frauen, Mütter und Mädchen! Wollt ihr, daß ihr im Dritten Reich die Rolle namenloser Kreaturen spielt, dann wählt Hitler! Wollt ihr aber, daß die Frau als gleichberechtigtes Mitglied der menschlichen Gesellschaft hoherhobenen Hauptes über ihre Geschicke mitbestimmen, wollt ihr, daß die Frau die Segnungen der Freiheit auch für sich in Anspruch nehmen kann, dann

wählt Liste 1!

### Sterblichkeit und ihre Ursachen

Im Jahr 1931 war die Sterblichkeit in deutschen Großstädten in Anbetracht der allgemeinen Notlage verhältnismäßig günstig. Sie betrug 10,3 auf 1000 Einwohner. Bei den Todesursachen steht der Krebs mit 14,1 Sterbefällen auf 10 000 Einwohner an erster Stelle. Hier ist von Jahr zu Jahr eine Zunahme zu bemerken. An zweiter Stelle folgen Herzkrankheiten mit 12,8, Tuberkulose mit 8, Lungentzündung mit 7,6 usw. auf je 10 000 Einwohner. Die Tuberkulose ist von 1929 bis 1931 von 9,1 auf 8 zurückgegangen. Der Krebs hat also die Tuberkulose weit überflügelt. Selbstmorde nahmen von 2,9 auf 3,3 von 1929 bis 1931 zu. Die Zahl der Todesfälle bei Verunglückungen nahm von 3,8 auf 2,9 ab. Die Zunahme der Sterblichkeit an Krebs und Altersschwäche ist zum Teil auf die Altersgliederung der deutschen Bevölkerung zurückzuführen. Die Zahl der alten Leute nimmt zu und die der jüngeren nimmt ab.

„Melde gehorsamst, Herr Feldkurat, ich hab noch statt zwei Flaschen Nußbranntwein, wie ihn der Herr Hauptmann Schnabl kauft, fünf Flaschen gebracht, damit bei uns bißchen Vorrat is und damit wir was zu trinken ham. Kann ich jetzt um das Klavier gehn, bevor man uns das Versatzamt sperrt?“

Der Feldkurat machte eine hoffnungslose Handbewegung und kurz darauf wurde das Klavier schon auf den Wagen geladen.

Als Schwejk aus dem Versatzamt zurückkam, fand er den Feldkurat vor einer offenen Flasche Nußbranntwein sitzend und darüber schimpfend, daß er zum Mittagmahl ein durchgebratenes Schnitzel bekommen hatte.

Der Feldkurat war wieder betrunken. Er erklärte Schwejk, daß er von morgen an ein neues Leben führen werde.

Alkohol trinken sei ein gemeiner Materialismus und man müsse ein geistiges Leben führen.

Er philosophierte etwa eine halbe Stunde lang. Als er die dritte Flasche öffnete, kam der Händler mit alten Möbeln und der Feldkurat verkaufte ihm für eine Bagatelle das Kanapee, forderte ihn auf, sich mit ihm zu unterhalten, und war sehr ungehalten, als der Händler sich entschuldigte, er gehe noch einen Nachttisch kaufen.

„Schade, daß ich keinen hab“, sagte der Feldkurat vorwurfsvoll, „der Mensch denkt nie an alles.“

(Fortsetzung folgt.)